

SP/Juso Fraktion
Martina Munz
Fernsichtstrasse 21
8215 Hallau

martina.munz@bluewin.ch



An den Regierungsrat
des Kantons Schaffhausen
Regierungsgebäude
Beckenstube 7
8200 Schaffhausen

Hallau, 22. August 2016

Kleine Anfrage 2016/19

Ungleiche Partnerschaft mit chinesischer Provinz Hunan

Sehr geehrte Damen und Herren Regierungsräte

Der Kanton Schaffhausen pflegt mit der Stadt Joinville in Brasilien eine mit der Auswanderungszeit verbundene, bereichernde Partnerschaft. Neu will der Kanton mit der riesigen chinesischen Provinz Hunan eine Partnerschaft eingehen, die vor allem wirtschaftlichen Interessen dient. Erste Verträge sind anscheinend bereits unterzeichnet.

Diese neue Partnerschaft erscheint äusserst unausgeglichen, zählt doch die Provinz Hunan rund 67 Millionen, die Schaffhauser Bevölkerung aber nur rund 80 Tausend Menschen. Bei derart ungleicher Partnerschaft besteht die Gefahr, dass unliebsame Themen, wie die Menschenrechte, aus wirtschaftlichen Interessen nur unverbindlich angesprochen werden. Das von der Schweiz ausgehandelte China-Freihandelsabkommen jedenfalls fällt in Bezug auf die Menschenrechte, selbst gemessen an bescheidenen Standards solcher Abkommen, deutlich ab. In dieser Partnerschaft Hunan besteht zweifellos die Gefahr, dass der Kanton die Missachtung der Menschenrechte indirekt stützt, wenn Schaffhauser Unternehmen Handel mit Gütern betreiben, die ohne Einhaltung der acht Kernkonventionen der Internationalen Arbeitsorganisationen (ILO) produziert wurden.

Im Rahmen einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit muss der Kanton Schaffhausen diese Partnerschaft nutzen können, um die Repression gegen Minderheiten und Menschenrechtsverletzungen zu thematisieren.

In diesem Zusammenhang bitte ich den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Welche Verpflichtungen geht der Kanton Schaffhausen durch die Partnerschaft mit der Provinz Hunan ein? Was ist der Inhalt der bereits abgeschlossenen Verträge und welche Verträge sind noch geplant?
2. Werden die Menschenrechte und insbesondere die Arbeitsrechte gemäss ILO in den Verhandlungen angesprochen und ist deren Einhaltung in den Verträgen verlangt? Wie wird verhindert, dass Schaffhauser Firmen unter menschenrechtswidrigen Verhältnissen Güter produzieren (lassen) und damit Handel betreiben?
3. Ist der Kanton Schaffhausen bereit, einen Dialog über menschenrechtssensible Themen zu führen? Besteht eine Strategie bezüglich Umgang mit den Menschenrechten sowie für einen allfälligen Abbruch der Beziehungen bei einer weiteren Verschlimmerung der Menschenrechtssituation?

Besten Dank für die Beantwortung meiner Fragen

Martina Munz